



Januar 1987

# Macht der Bahn Dampf!

Die DKP Mörfelden-Walldorf hat sich noch einmal ausführlich auf einer Mitgliederversammlung mit dem Problem der geplanten Schnellbahntrasse befaßt. Anschließend wurde nachfolgende Erklärung verabschiedet:

Die DKP Mörfelden-Walldorf unterstützt alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich gegen den Ausbau der Schnellbahnstrecke wenden.

Die Arbeit der „Aktionsgemeinschaft gegen den Ausbau der Schnellbahnstrecke (AGS)“ hat mittlerweile dazu geführt, daß das Thema überall bekannt und kritisch diskutiert wird. Dafür gebührt der AGS Dank und Anerkennung.

Die DKP ist der Meinung, daß der öffentliche Nahverkehr — auf den vor allem die arbeitende Bevölkerung angewiesen ist —, eine soziale Aufgabe sein muß. Dieser Personennahverkehr ist auszubauen und hinsichtlich der Fahrzeiten und Fahrpreise so attraktiv zu gestalten, daß er den Anreiz bietet, den eigenen Pkw häufig stehenzulassen.

Der Ausbau von Hochgeschwindigkeitseisenbahnstrecken darf den Personennahverkehr der Bundesbahn nicht beeinträchtigen. Umweltbeeinträchtigungen müssen auf ein Minimum reduziert, die Bevölkerung muß vor Lärm und Erschütterungen geschützt werden.

Wir halten es prinzipiell für problematisch, unsere Bahnstrecke zu einer solchen Schnellbahnstrecke auszubauen. Heute schon passieren 200 Züge diese Trasse. Es wäre unzumutbar, wenn künftig bis zu 300 Züge mit erhöhter Geschwindigkeit durch unsere Stadt rauschen würden.

Schon jetzt, bei 160 km/h, gibt es starke Belastungen, bei den geplanten Geschwindigkeiten von über 200 km/h müssen umfassende Schutzmaßnahmen erarbeitet werden. Wir unterstützen deshalb den AGS-Vorschlag einer Tunnellösung.

Die Bürger unserer Stadt, durch die Startbahn West und andere Umweltprobleme außerordentlich belastet, haben das Recht, diese Schutzmaßnahmen zu fordern. Sie und ihre Kinder wollen auch morgen noch hier leben können.

Wenn ausreichende Schutzmaßnahmen für Mörfelden und Walldorf durchgesetzt werden sollen, dann geht das aber nur, wenn sich der Widerstand vervielfacht.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf, alle Mandatsträger müssen eingeschaltet werden, der Protest muß mit anderen betroffenen Kommunen koordiniert werden.

Im übrigen bezweifeln wir die Angaben der Bundesbahn, die Tunnellösung würde 280 Millionen DM kosten. Aber selbst wenn es so wäre — noch nicht einmal 3 Tornado-Bomber der Luftwaffe (Stückpreis 100 Millionen) würden gebraucht, und die Bevölkerung könnte ruhiger schlafen.

*Liebe „Blickpunkt“-Leser*

**Gehen Sie am 25. Januar zur Wahl!**

**Verschenken Sie nicht Ihr Wahlrecht!**

**Jede nicht abgegebene Stimme ist eine Stimme für die Regierung Kohl!**

Mit der ERSTstimme — FRIEDEN wählen!  
(auf dem Stimmzettel erscheint das Stichwort:  
FRIEDEN)

Mit der ZWEITstimme — der Wende ein Ende!  
(SPD oder Grüne ankreuzen)

# Stoppt die Gebühren- erhöhung!

...auf doch mal an!

Demnächst will die Stadt Mörfelden-Walldorf die Grundsteuer B um 20 Punkte und die Abwassergebühren um 33 1/3 Prozent erhöhen.

Gegen diese Gebührenerhöhung protestiert die DKP und hat bereits weit über 1.000 Protestunterschriften gesammelt.

Wenn man den durchschnittlichen Wasserverbrauch einer Familie mit 2 Kindern zu Grunde legt (ca. 250 cbm), dann zahlte diese Familie vor 5 Jahren für Wasser und Abwasser 416,66 DM. Wenn die Stadt ihre Erhöhungspläne durchsetzt, dann soll diese Familie demnächst 924,50 DM auf den Tisch legen. Ist das keine Preistreiberei? Soll man da ruhig sein oder soll man seine Meinung sagen?

Wir meinen, die Bürger unserer Stadt sollten auch in dieser Frage nicht alles hinnehmen.

Sagen Sie den Verantwortlichen, was Sie von ihrer Gebührenpolitik halten. Unterschreiben Sie die Protestlisten der DKP.

Rufen Sie die Stadtverordneten an und sagen Sie auch dabei Ihre Meinung.

Die Stadtverordneten der SPD haben folgende Telefon-Nummern:  
Günter Becker, 42214; Dr. Kurt Oeser, 22269; Ilona Wenz, 1268; Hermann Dammel, 71100; Helmuth Wucherer, 6469; Kurt Best, 41833; Hans-Jürgen Vorndran, 7850; Erwin Geiß, 22963;

Klaus Werkmeister, 2844; Johann Ernst, 22898; Walter Klement 42901; Helmut Wicht, 3362; Heinz-Peter Bekker, 41743; Franz Cron, 3871; Hans Mertens, 41104; Edda Bassler, 8122; Eva-Maria Reichert, 23641; Wilhelm May, 6135; Jan Kakrow, 3683; Werner Niezurawski, 76122; Heinz-Hans Koepitko, 3332.

Die CDU-Vertreter haben folgende Telefon-Anschlüsse:

Rudolf Haselbach, 21983; Hugo Jung, 6844; Wolfgang Born, 76295; Leon-

hard Peez, 22132; Manfred Rutsch, 21988; Helga Fuchs, 6340; Nikolaus Schwarz, 42347; Rudi Konrad, 5998; Hartmut Hilger, 21303; Horst Wirkner, 74452; Ursula Zwilling, 75333; Winfried Groß, 74292; Siegfried Burghardt, 41949; Kurt Hirsch, 6184; Rolf Bach, 3528.

Und die GBL erreichen Sie unter den nachstehenden Telefon-Nummern:

Wilma Frühwacht-Treber, 21781; Hildegard Kehm, 3514; Norbert Schwapacher, 1411; Günter Meinke, 3364; Veronika Eichner, 71304; Harald Weimar, 23868; Jürgen Stepponat, 1873; Hans-Jürgen Lebuser, 76973.

\*

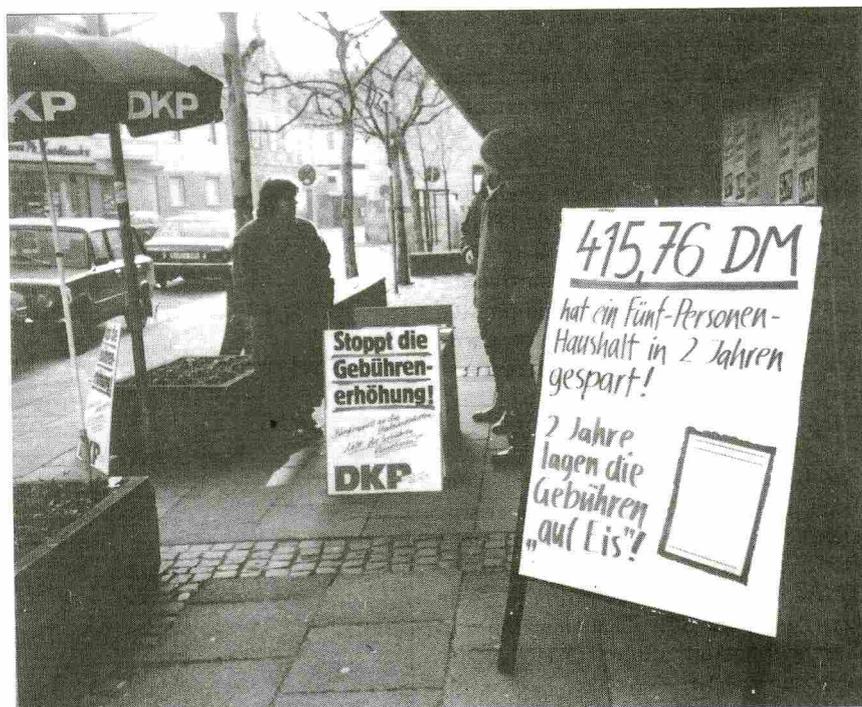
## Nachdenkliches

Unterschriftensammlung der DKP in unserer Stadt. Es geht gegen die geplanten Gebührenerhöhungen. Man müßte sich wünschen, die Vertreter der SPD oder der GBL wären dabei. Sie könnten 'was lernen. Denn, fast jeder unterschreibt. Stimmen: „Ja, es ist richtig, es muß was gegen die Preistreiberei getan werden.“ Aber immer wieder auch Skepsis: „Die machen ja doch, was sie wollen!“

Einige wenige: „Ich kann nicht unterschreiben, ich bin doch bei der Stadt beschäftigt.“

Mittlerweile haben fast 1.500 Bürger die Protestlisten unterschrieben. Bleibt die offene Frage: Machen „die da oben“ trotzdem auch in unserer Stadt, „was sie wollen“?

rh



# Kein Grund zum Feiern

.....  
**10 Jahre Fusion**  
**Ein Jubiläum, an das man**  
**nicht erinnert werden will**  
.....

Am 1. Januar 1977, vor 10 Jahren, wurden Mörfelden und Walldorf fusioniert. Dieses Jubiläum wurde von den örtlichen Fusions-Parteien SPD, CDU und F.D.P. nicht erwähnt.

Sie wissen, warum sie verschämt diesen Jahrestag übersehen. — Sie haben Angst, an die Schande von 1977 erinnert zu werden. Damals hatte man die Fusion gegen die erklärte Mehrheit der Bevölkerung beschlossen. Die Fusions-Parteien haben heute Angst vor der Frage: Was hat der Bevölkerung die Fusion denn eigentlich gebracht? Die Antwort wäre blamabel, denn sie müßten eingestehen, daß die DKP mit ihrer Prognose recht behalten hat.

Damals erklärten wir, die Fusion bringt:

Geringere Überschaubarkeit und längere Wege zur Verwaltung.

Größere und teurere Verwaltungsapparate.

Gebührenangleichungen nach oben.

Probleme und Kosten mit der Namensänderung.

Dies ist alles eingetreten.

Die DKP, die mit ihrer ganzen Kraft gegen die Fusion kämpfte, wies damals auf die Tatsache hin, daß beide Städte mit der notwendigen Infrastruktur ausgestattet sind. Wir sagten, die Fusion bringt nur Ärger und Kosten.

Man braucht heute eigentlich nur Stichworte aufzuschreiben, um auf teure Fusionsfolgen hinzuweisen.

Anstatt eines Kanalverbundes (Rohre mit 2,20 Meter Durchmesser liegen zwischen Mörfelden und Walldorf) hätte man billiger beide Kläranlagen sanieren können.

Anstatt einer Verbundwasserleitungskonstruktion, hätte man die

Versorgung einfacher und preiswerter organisieren können.

Viele heutige Verkehrsprobleme wären leichter zu lösen.

Manchen Ärger mit dem Stadtteil-Proporz-Denken (Vereinsfinanzierung etc.) hätten wir heute nicht.

Und außerdem, sprechen wir es offen aus: dem Bürgermeister brachte die Fusion eine große Gehaltserhöhung, und die Verwaltungskosten stiegen gewaltig.

Fazit: Die Fusion hat den Bürgern keine Vorteile gebracht. Warum sollte man da nicht über eine „Defusion“ diskutieren?

Rudi Hechler

## Auch eine Fusionsfolge

Bei der Kommunalwahl im März 1985 scheiterte die DKP mit 4,3 % Stimmen in der Gesamtstadt an der 5 %-Klausel.

Im Stadtteil Mörfelden erzielte die DKP 6,8 %, was ihr aber nichts nützte. Nach vielen Jahren aktiven Einsatzes in der Stadtverordnetenversammlung für die werktätige Bevölkerung wurde die Arbeiterpartei DKP somit von der Parlamentsarbeit ausgeschlossen.

Bei der Kommunalwahl 1989 kann dieses Ergebnis revidiert werden. Man darf es nicht vergessen!

## Kleine Fusions-Geschichte

Begonnen hat der ganze Ärger eigentlich schon 1973. Man sprach von Eingemeindungsplänen nach Frankfurt, drohte mit einem Mehrzweckpflichtverband. Dagegen wehrten sich viele. Die SPD meinte damals, eine fusionierte Stadt sei eine feste Burg gegen diese Pläne. Ansonsten kämpfte sie nicht allzu energisch — die ganzen Ideen kamen nämlich von ihrer eigenen SPD-Landesregierung.

Die DKP half damals schon, den Widerstand zu organisieren. Im DKP-

Wahlprogramm von 1972 sprach man sich gegen die Fusion aus und forderte schon im Juni 1973 eine Bürgerbefragung im Stadtparlament gegen den Mehrzweckpflichtverband.

Hugo Jung, damals CDU-Stadtverordneter in Walldorf, forderte die Fusion „schnellstens“.

Überhaupt hatten SPD, CDU und FDP damals hochfliegende Pläne. Aufwendige Stadtmodelle wurden vorgestellt. Man wollte zwischen Mörfelden und Walldorf alles zubauen, sprach von 60.000 Einwohnern.

Auch der neue Name war schon gefunden: „Waldfelden“ sollte die neue Stadt heißen, meinte der Innenminister.

Anfang des Jahres 1974 wurde es dann ernst. Die SPD Walldorf (damals 266 Mitglieder) beschloß mit Mehrheit auf ihrer Mitgliederversammlung (66 waren anwesend) die Fusion. In Mörfelden war es ähnlich. 35 SPD-Mitglieder waren für die Fusion (139 weitere Mitglieder waren allerdings gar nicht zur Mitgliederversammlung erschienen). CDU und FDP (einige mit Verschleiervargumentation) waren auch dafür. Und damit waren die Würfel gefallen.

Am Donnerstag, den 28. Februar 1974, stimmten in der Gesamtschule 17 Stadtverordnete der Mörfelder SPD und 3 Mörfelder FDP-Stadtverordnete für die Fusion. Dagegen stimmten die 4 Mörfelder DKP-Parlamentarier. Der FDP-Stadtverordnete Feutner enthielt sich der Stimme. Die Mörfelder CDU sprach sich grundsätzlich für die Fusion aus, stimmte aber demagogisch dagegen, weil ihr der Termin (eine Wahl stand bevor) nicht paßte. Die CDU-, SPD- und FDP-Vertreter aus Walldorf votierten geschlossen für die Fusion.

Damit begann aber erst richtig die Volksseele zu kochen. Es gab überfüllte Protestkundgebungen, eine Mörfelder Delegation überreichte in Wiesbaden 3.000 Protestunterschriften.

Den Namen „Waldfelden“ (bei manchen Bürgern steht er noch im Paß) konnte die DKP noch zu Fall bringen — sie setzte 1975 eine Bürgerbefragung durch, bei der sich 83 % von abgegebenen 6.000 Stimmen für einen Doppelnamen entschieden. Bei der Stadtverordneten-Sitzung am 17. Mai 1977 stimmte die Mehrheit für den Antrag, der einen Doppelnamen „Mörfelden-Walldorf“ vorsah. Der gleichzeitige DKP-Antrag, die Fusion aufzuheben, wurde abgelehnt. Die Folgen sind bekannt.

# Mit der Erststimme: **FRIEDEN wählen** **DIE FRIEDENSLISTE**

*Die Zweitstimme  
der SPD oder den Grünen*



## Alle Kraft für eine neue Politik

Die Böllerschüsse zum Jahreswechsel sind verklungen. In den Parteizentralen wurde die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes eingeläutet. Ihr „Weiter so Deutschland“, versieht die CDU nun mit der Bürgerschreckparole „Zukunft statt Rot-Grün“. Die FDP macht sich Hoffnungen mit „Zukunft durch Leistung“. Die SPD meint „Deutschland braucht wieder einen Kanzler, dem man vertrauen kann“. Und die Grünen sagen einfach nur: „Farbe bekennen“.

Die CDU ist sich eines Erfolgs noch gar nicht so sicher. Sie hat vor vier Jahren versprochen, Frieden mit weniger Waffen zu schaffen. Statt dessen kamen neue Raketenwaffen. Sie versprach, die Arbeitslosenzahlen unter eine Million zu drücken. Statt dessen stiegen sie. Die Kohl-Regierung ist eine Regierung des Wählerbetruges und der Skandale. Die CDU erwies sich als Partei des großen Geldes und als Schmiergeldpartei.

Wir Kommunisten wollen eine neue Politik mit einer neuen Regierung für eine erneuerte Republik.

● Wir wollen Frieden und Arbeit statt Superrüstung und Massenarbeitslosigkeit. Wir wollen eine den nationalen Sicherheitsinteressen dienende Politik und nicht die Unterwerfung unseres Landes unter den aggressiven Hochrüstungs- und Konfrontationskurs Reagans. Wir wollen, daß die Weichen auf Abrüstung und damit auf die Lösung dringender Volksbedürfnisse gestellt werden und nicht länger die Rüstungskosten die Lebensgrundlagen der Gesellschaft zerschlingen.

● Wir wollen die Verteidigung demokratischer und sozialer Grundrechte des Volkes und nicht deren Abschaffung, Demokratie statt Polizeistaat.

● Wir wollen soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen für alle und nicht eine Gesellschaft, in der Menschen ausgestoßen werden.

● Wir wollen eine Bundesrepublik, in der die natürlichen Lebens- und Umweltbedingungen gesichert und erhalten bleiben, und nicht länger den ökologischen Ausverkauf an Chemie- und Atomkonzernen.

Dafür treten wir Kommunisten in diesem Wahlkampf ein. Der Wende kann ein Ende bereitet werden. Das meinen wir. Davon haben jetzt auch Rau und Schily gesprochen. Das fürchten auch die CDU-Wahlstrategen. Als „entscheidenden Vorgang“ bezeichnete es Generalsekretär Geissler jetzt vor CDU-Funktionären, daß „die Kommunisten wollen, daß SPD und Grüne die Wahl gewinnen“.

Ja, wir wollen eine neue Regierung. Darum rufen wir die Wählerinnen und Wähler auf, zur Wahl zu gehen, sich auf gar keinen Fall der Stimme zu enthalten. Mit der **Erststimme** die Kandidatinnen und Kandidaten der Friedenslisten und mit der **Zweitstimme** SPD oder Grüne wählen!

## Was man über Erst- und Zweitstimme wissen sollte

Bei der Bundestagswahl hat jede(r) Wähler(in) zwei Stimmen: die Erststimme und die Zweitstimme.

Die Zweitstimme wird für eine politische Partei abgegeben (für Landeslisten).

Die Zweitstimmen sind allein entscheidend für die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Um die Aufrüstungsregierung Kohl abzuwählen also GRÜNE oder SPD ankreuzen.

Die Erststimme wird in 248 Wahlkreisen für die Direktkandidat(inn)en abgegeben.

Ohne Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, kann man also – seinem Gewissen folgend – mit der Erststimme für das Kennwort „FRIEDEN“ (die Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten der FRIEDENSLISTE im Wahlkreis) stimmen:

Als Protest gegen Aufrüstung, und als Demonstration für Abrüstung

# Der Wende ein Ende

### So stimmen Sie richtig

Auf der linken Seite des Stimmzettels ihre Erststimme: Den Kandidaten bzw. die Kandidatin der FRIEDENSLISTE (Kennwort „FRIEDEN“) ankreuzen.

Auf der rechten Seite des Stimmzettels gegen die Raketenkoalition stimmen – GRÜNE oder SPD ankreuzen.

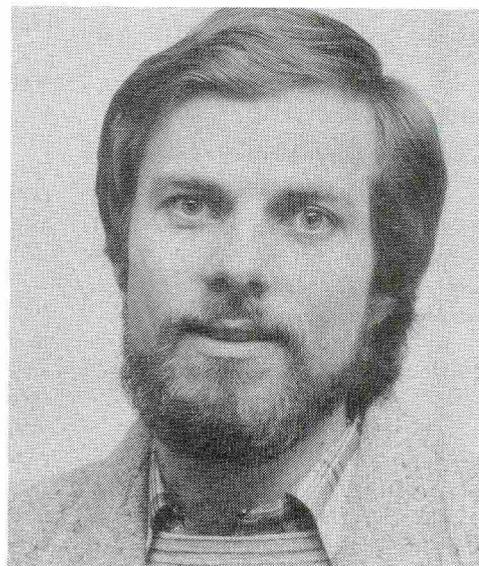
Direktkandidat  
im Wahlkreis  
Groß-Gerau

# DIETMAR TREBER

parteilos

aktiv in der  
christlichen  
Friedensbewegung

Westendstraße 28 - 6082 Mörfelden-Walldorf  
Telefon 06105/22554



Jede Stimme für die CDU  
ist eine Stimme gegen  
Entspannung und für den  
kalten Krieg

Es wird jeden Tag deutlicher, wohin die Bundesregierung nach der Bundestagswahl am 25. Januar steuern will.

Die Ereignisse, wonach man eine solche Prognose wagen kann, häufen sich zur Zeit. Gerade der jetzige Bundeskanzler Helmut Kohl gebärdet sich immer mehr, mangels anderer Qualitäten, ganz besonders als Scharfmacher und will einem Franz-Josef Strauß, von dem man in dieser Richtung einiges gewohnt ist, nicht nachstehen.

Wem das ganze, nach dem unsäglichen Goebbels-Gorbatschow-Vergleich, für den sich Kohl bis heute noch nicht entschuldigt hat, nicht ausreichte, dem wird tagtäglich Neues geboten.

Die weltweite Empörung über eine solche Beleidigung des KPdSU-Generalsekretärs ist noch nicht verklungen, da wetterte Kohl bereits über die DDR und bezeichnete sie als menschenfeindlich.

Den neuesten Skandal leistete sich Kohl am 4. Januar '87 in einer Veranstaltung der CDU/CSU, wo er die Behauptung aufstellte, daß es in der DDR KZ-Lager gäbe.

Wer so spricht, will keine Entspannungspolitik. Das Ganze ist nicht damit zu entschuldigen, daß sich Kohl manchmal sehr tollpatschig verhält, oder ab und zu unter gewissen Ausfällen (black-out) leidet. Aus seinen Worten spricht die wahre Gesinnung der

jetzigen Regierung, es ist das Gesicht einer konservativ-rechtsreaktionären Gruppe. Wenn die FDP unter ihrem Außenminister Genscher glaubt, mit differenzierenden Worten auf Stimmenfang gehen zu können, muß man ihr entgegenhalten, daß sie mit ihrer jahrzehntelangen Wankelpolitik im Grunde genommen Schuld an dieser Entwicklung trägt.

Wenn viele seitherige CDU-Wähler auch unserer Stadt geglaubt haben, daß Kohl nicht Strauß sei und man ihm doch eine gemäßigtere Politik zutraue, denen muß einiges in Erinnerung gerufen werden. Adenauers Enkel wollte Kohl sein. Er ist es, denn es zieht sich eine gerade Linie von Adenauers Todfeindschaft gegen die Sowjetunion zu Kohls aktiver Unterordnung unter die neuen antikommunistischen Kreuzzugspläne der Falken in Washington.

Es führt ein gerader Weg von Adenauers Rehabilitierung des Großkapitals, der Nazigenerale, der faschistischen Blutrichter – der Hauptverantwortlichen für den Faschismus – bis Bitburg, wohl Kohl und Reagan sich vor der Gedenkstätte für SS-Verbrecher verneigten.

Mit dem Goebbels-Gorbatschow-Vergleich hat ein deutscher Kanzler den höchsten Repräsentanten des Landes, das die Hauptlast des Kampfes gegen den deutschen Faschismus getragen hat und mit 20 Millionen Menschen bezahlen mußte, auf das schändlichste beleidigt.

Ein solcher Mann, dem man nachsagt, er sei der beste Amerikaner in Europa, darf nicht mehr Bundeskanzler werden. Die CDU/CSU mit ihrem seitherigen Koalitionspartner FDP dürfen nicht mehr an die Regierung, da sie ein Bremsklotz in der Entwicklung zum Frieden geworden sind.

Heinz Hechler

.....  
„Die schlimmste Sache war  
die Angst,  
die andauernde Angst...“  
.....

Unter diesem Titel hat jetzt die Stadt Mörfelden-Walldorf ein Buch herausgegeben — die Alltagsgeschichte der jüdischen Familien unserer Stadt.

Es ist gut, daß dieses Buch erschienen ist.

Vor fünfzehn Jahren, im Dezember 1971, gab es im „blickpunkt“ einen Aufsatz über die Mörfelder jüdischen Familien. Damals schrieben wir:

*„Über das schreckliche Geschehen der Judenverfolgung gibt es keine Akten, keine Vermerke. Wohl kann man leicht feststellen, wieviel Hafer Gustav Adolfs Pferde im 30jährigen Krieg verbrauchten, aber niemand kennt die Zahl der verschleppten, ermordeten Mörfelder Juden. Sie wurden abgeholt, sie fehlten einfach: ehemalige Nachbarn, Spielgefährten, Kollegen, Freunde. Wenn wir sie nicht wiederfinden, dann haben wir ein Stück Menschlichkeit eingebüßt.“*

In diesem Dezember-„blickpunkt“ des Jahres 1971 lesen wir:

*„In Mörfelden ist seit 1945 nichts geschehen, um das Schicksal unserer ehemaligen jüdischen Mitbürger aufzuzeichnen. Man darf es nicht länger aufschieben. In der künftigen Stadtchronik und in den Schulen muß man über diese Verbrechen berichten.“*

Und wir forderten: Bringt in der Stadt eine Gedenktafel an, die für alle Zeiten an unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger erinnert. Diese Mahnung wurde jahrelang von der Stadt und den anderen politischen Kräften nicht beachtet. Später, im September 1983, stellte die DKP im Stadtparlament den Antrag, diesen Gedenkstein „in der Nähe der Stelle, an der die Synagoge stand, zu errichten und zur Einweihung die Überlebenden des Holocaust einzuladen.

Unsere Vorschläge und Forderungen wurden durchgesetzt, der Gedenkstein steht am Rathaus und die Anwesenheit der noch lebenden ehemaligen jüdischen Mitbürger war ein großes bewegendes Erlebnis.

Bewegend und oft erschütternd sind auch die Lebensberichte dieser Men-

schen, die in der Veröffentlichung des Magistrats abgedruckt sind.

Viele wissen heute, in der Zeit des Faschismus wurden sechs Millionen Juden ermordet. Zu dieser schrecklichen statistischen Zahl gehören Einzelgeschicksale, unermeßliches Leid. Viele können dies jetzt besser nachvollziehen.

Im Buch der Stadt wird die Geschichte der jüdischen Gemeinde und der Leidensweg der jüdischen Familien festgehalten. Es hat damit einen Wert erhalten, der auch für kommende Generationen von Bedeutung ist. Beim Lesen fällt auf, daß die Autoren wenig über die Hintergründe der Judenverfolgung sagen.

Gleichzeitig mit den antisemitischen Repressalien begannen sich die Finanzmagnaten Krupp, Mannesmann, Flick, Haniel, Hoesch, Abs, Pferdenges u.a., am jüdischen Eigentum zu bereichern. Die Arbeiter wurden von ihrem wirklichen Gegner und vom Klassenkampf abgelenkt. Die ideologische Kriegsvorbereitung begann.

Die Großkonzerne, die sich in jenen Tagen bereicherten, haben auch heute noch die Macht in der BRD, und viele der strammen Naziführer von damals sind später in der CDU zu Amt und Würden gekommen. Das festzuhalten, ist auch heute noch wichtig und notwendig.

Wir hoffen, daß viele Menschen in unserer Stadt dieses Buch kaufen, daß man darüber in den Familien und in Schulklassen spricht. Wir bedanken uns bei allen, die dazu beigetragen haben, daß es zu dieser beispielhaften Veröffentlichung gekommen ist.

Rudi Hechler



### Recht habt Ihr,

mit Eurer Kritik der „Verkehrinsel“ am Oberwald. (Gemeint ist die Einfahrt Langener Straße zum Naturfreundehaus.) Wenn der erste Unfall passiert ist, „dann gucke die do vorne bleed“.

Das hörten wir von vielen Bürgern.

### Des Eck is sackdunkel,

meinte ein Mörfelder und wies dabei auf die seit langem fehlende Straßenbeleuchtung Ecke Jungmannstraße/Steinweg hin. Es stimmt! Höchste Zeit, daß dies verändert wird!

### E bees Blaster

Gepflastert ist die Bahnhofstraße schon lange nicht mehr. Aber die Straße, vor allem der Bürgersteig, ist in einem schlimmen Zustand. Auch dieser Hinweis eines Bürgers ist berechtigt. Vielleicht läuft Brehl selbst mal über die Bahnhofstraße und handelt!

## Schreibt dem „blickpunkt“!

**Achtung! Termin vormerken!  
Jetzt planen und anmelden!**

Fröhliche Ferien für Ihre Kinder !

**Vom 5. Juli bis 21. Juli 1987**

**Preis: 115,- DM für ein Kind aus einer Familie**

**85,- DM für das zweite Kind aus einer Familie**

**70,- DM für das dritte Kind aus einer Familie**

Die Kinder aus Mörfelden fahren nach Brodowin in der Mark Brandenburg.

Fröhliche Ferien für Ihre Kinder in der DDR!  
Mitfahren können Kinder, die im Zeitraum vom  
1. 6. 1973 bis 1. 10. 1977 geboren sind.

## Kohls KZ-Vergleich

# Schon zum Kotzen

Daß der alte Nazi Kiesinger sich als christlicher und demokratischer Kanzler aufspielte, hat die mit einem KZ-Opfer verheiratete Beate Klarsfeld seiner Zeit so empört, daß sie diesem Mann vor seinen eigenen Anhängern eine Ohrfeige geknallt hat. Kann man mir übelnehmen, daß ich mich daran erinnert fühle, wenn ich den Kiesinger-Nachfolger heute die Frechheit verkünden höre, in der Deutschen Demokratischen Republik – an deren Spitze meine Kameraden des antifaschistischen Kampfes stehen, wie Erich Honecker, Horst Sindermann und Hermann Axen (der mit uns bis zum Tag des siegreichen bewaffneten Aufstandes am 11. April 1945 in Buchenwald eingekerkert war) –, in der DDR also, gebe es heute Konzentrationslager?

Das sagt der Mann, zu dessen politischen Komplizen die Altnazis gehören, die bis zum letzten Tag das Hakenkreuz an der Uniform trugen und die es heute noch tragen würden, hätte die Rote Armee nicht bei Stalin grad gesiegt; der Mann, in dessen Staat die Mörder des Hitlerschen KZ-Staates zu Tausenden – zu Tausenden! – nicht nur unbestraft blie-

ben, sondern mit Posten und Staatspensionen belohnt wurden. Der Mann, in dessen Staat meine KZ-Kameraden diffamiert, ausgegrenzt, mit Schikanen und Erniedrigungen aller Art verfolgt werden! Dieser Mann, der, wenn er in die Klemme kommt, sich mit der „Gnade der späten Geburt“ herausreden will, der aber zu pöbeln anfängt, wenn er glaubt, die widerlichen Instinkte verhandelter SA-Leute anheizen zu können.

Mit seiner Pöbelei hat dieser Kanzler nicht nur uns, die Antifaschisten in beiden deutschen Staaten, die Antifaschisten ganz Europas beleidigt. Er hat sich vor aller Welt demaskiert. Von Paris bis New York, von Moskau bis Montevideo wissen Millionen Menschen, was man von diesem Kohl und seinesgleichen zu halten hat.

Mein Kommentar? Mir fällt nur ein, was der Maler Max Liebermann sagte, als 1933 ein damaliger Kanzler sein Regime errichtete: „Man kann gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte.“

Emil Carlebach  
Vizepräsident des  
Internationalen  
Buchenwald-Komitees

Zu unserem großen Bedauern sendeten wir gestern irrtümlicherweise die Neujahrsbotschaft der falschen Bundeskanzlers. Deshalb bringen wir nun nachträglich die Aufzeichnung der Ansprache unseres wirklichen Bundeskanzlers...



Good evening, ladies and gentlemen...!!

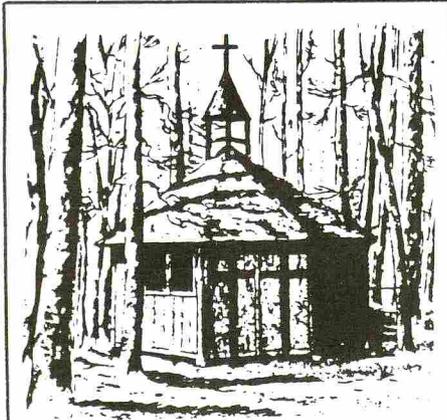


Mitglied  
werden  
in der  
DKP!  
Anrufen:  
3859

# Eine Zeitung für Dich und Deinen Boss gibt es nicht!

Die UZ schreibt nur für Dich





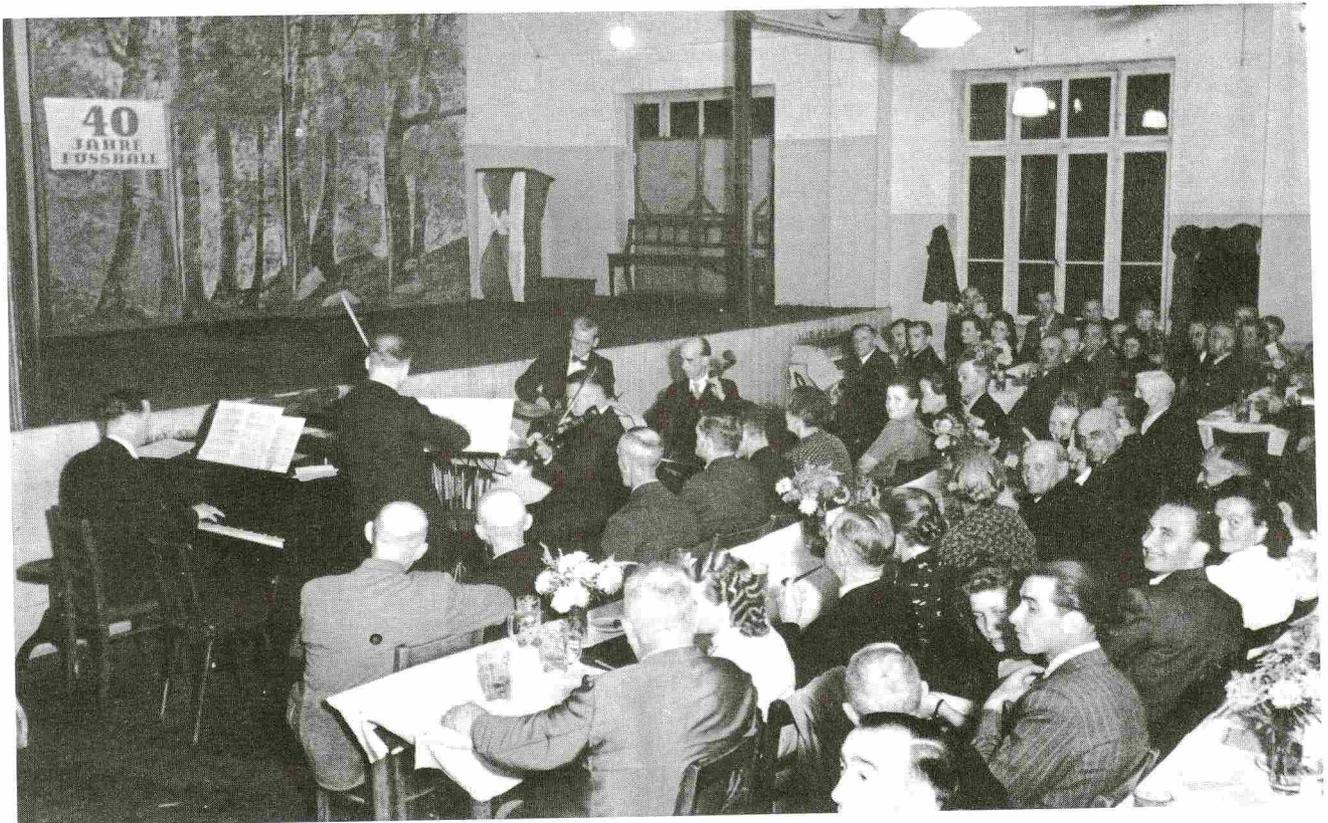
Seit dem 14. Dezember 1986 hat die Hüttenkirche aus dem Startbahnwald wieder ihren festen Platz zwischen den beiden Stadtteilen. Zur Einweihung kamen 500 Menschen. Diese kleine Hüttenkirche bleibt Symbol für den Kampf einer einigen Bevölkerung gegen Umweltzerstörung.



Wer Kohl wählt, wählt Reagan!



Jeden  
Samstag  
am Dalles  
und am  
Minimal-Markt



## Mörfelden gestern

Festveranstaltung im Jahre 1949 im großen Saal der Gaststätte „Frankfurter Hof“, anlässlich des 40jährigen Vereinsjubiläums der Mörfelder Fußballer. In der ersten Reihe sieht man langjährige Mitglieder, die an diesem Abend geehrt wurden. In der zweiten Reihe sitzen Gemeindevertreter und ganz links Bürgermeister Klingler. Vor der Bühne die bei solchen Anlässen nicht wegzudenkende Kapelle Heini Schäfer.